Antrag

der Fraktion der CDU

Handeln statt Reden – aktuellen Herausforderungen mit konkreten Maßnahmen begegnen

Der Landtag wolle beschließen:

In Anbetracht aktueller Herausforderungen werden im Jahr 2015 die nachstehenden Maßnahmen umgesetzt:

- Vollständige Durchleitung der 17 Millionen Euro vom Bund an die Kommunen. Davon 10 Millionen Euro für laufende Kosten der Aufnahme und Unterbringung Flüchtlingen sowie 7 Millionen Euro Investitionsmittel für die Herrichtung von Unterkünften.
- Proportionale Aufstockung der entsprechenden Titel für die Integration sowie die Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten um 53 Millionen Euro.
- Bereitstellung von Investitionsmitteln in Höhe von 25 Millionen Euro für die Errichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen, mit denen die Zahl der vorhandenen Plätze für die Erstaufnahme von Flüchtlingen aufgestockt werden soll. Hierdurch können eine längere Verweildauer und eine geordnete Unterbringung in den Kommunen gesichert werden.
- Schaffung von 240 Lehrerstellen aus Landesmitteln (Rund 5 Millionen Euro).
- Bereitstellung von 30 Millionen Euro zusätzliche Mittel für die Verbesserung der Hochschulfinanzierung im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang.
- Bereitstellung von Investitionsmitteln in Höhe von 25 Millionen Euro für zwingend notwendige Brandschutzmaßnahmen an der CAU sowie einer Verpflichtungsermächtigung über weitere 25 Millionen Euro Investitionsmittel für das Haushaltsjahr 2016.

- Bereitstellung eines Investitionszuschusses in Höhe von 5 Millionen Euro für die Umsetzung der geplanten Containerlösung im Zusammenhang mit der Keimkrise am UKSH.
- Schaffung von 40 zusätzlichen Anwärterstellen bei der Landespolizei für die Schließung der Strategischen Lücke von 160 Stellen bei der Landespolizei über vier Jahre.

Zur Deckung der damit verursachten Kosten wird gem. Artikel 62 Landesverfassung gleichzeitig der Entwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplanes eingebracht.

Daniel Günther		Tobias Koch
	und Fraktion	